

1 Die Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt möge beschließen,  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3  
4

5 **A15 Politik zurück an die Hochschulen holen - Allgemeinpolitisches Mandat für die Vertretung der**  
6 **Studierenden!**

7

8 Das jetzige hochschulpolitische Mandat erlaubt es den gewählten Vertretungen der Studierenden nicht zu  
9 allen gesellschaftlich relevanten Themen Stellung zu beziehen und eigene Maßnahmen zu ergreifen und  
10 schränkt damit dem Spielraum eines AStAs einer Hochschule weitreichend ein.

11

12 Nichtsdestotrotz ist diese Trennung eine künstliche, die in der Praxis immer wieder zu Konflikten und  
13 Unklarheiten führt, da der Übergang zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik fließend ist.  
14 Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen berühren zwangsläufig auch das Leben der Studierenden und die  
15 Angelegenheiten der Studierenden beschränken sich somit nicht nur auf die Hochschulpolitik, sondern  
16 werden auch von allgemeinpolitischen Belangen berührt, zu denen sich der AStA als Vertretung der  
17 Studierenden äußern können sollte.

18

19 Der Ausschluss des AStAs aus gesellschaftlichen Debatten führt nicht nur dazu, dass die Interessen der  
20 Studierenden leichter übergangen werden können, ebenso verstärkt es die Entpolitisierung der  
21 Hochschulen.

22 Diese sollten jedoch keine politikfreien Räume sein, sondern Teil der Gesellschaft und damit auch politisch  
23 gestaltbar. So ist doch die Frage, welche Zwecke die Wissenschaft für wen verfolgen soll, eine zutiefst  
24 (allgemein-)politische. Auch hier ist es deswegen nötig, dass der AStA einer Hochschule sich zu allen  
25 politischen Bereichen äußern darf.

26

27 Die momentane Trennung zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik wird durch die  
28 Pflichtmitgliedschaft in der verfassten Studierendenschaft begründet. So organisierte Körperschaften  
29 dürften sich explizit nur für gruppenspezifische Interessen einsetzen. Jedoch kann man das  
30 allgemeinpolitische Mandat durchaus als Mittel zum Zweck für die Durchsetzung genau diese Interessen  
31 sehen.

32

33 Aus diesem Gründen sollte die Ausweitung des hochschulpolitische Mandats zu einem allgemeinpolitischen  
34 Mandat schnellstmöglich umgesetzt werden.